

## Die demographisch-medizinische Entwicklung - das drohende Zukunftsproblem für Pirmasens

1. ) Am 15.01.08 hatte der FWB extrapoliert: 2050 wird Pirmasens voraussichtlich: 30 % Bevölkerung weniger haben, 30 % über 65-Jährige beherbergen und 30 % mehr Pflegefälle allein nur an Alzheimer-Demenz haben. Auch die anderen Alterskrankheiten werden analog zunehmen. Für die Zunahmen der Alzheimerdemenz gibt es über die Alzheimergesellschaft konkrete Zahlen.
2. ) Am 28.02.11 hatte ich im Stadtrat beantragt, die Schuleingangsuntersuchungen wahrzunehmen: In der abnehmenden und überalternden Bevölkerung hat Pirmasens die meisten psychisch auffälligen Schüler in Rheinland-Pfalz laut den Gesundheitsämtern. Dies deckt sich zweifach mit meiner Praxiserfahrung seit 1987:
  - Ich habe heute viel zu oft Patienten, die in der Anfangsphase meiner Praxis ihre kranken Eltern als verstörte Kinder begleiteten. Offensichtlich fängt unser Jugend- und Sozial- aber auch Medizinsystem Fehlentwicklungen nicht ausreichend ab.
  - Es ist genau so Praxis-Erfahrung: Die Arbeitslosigkeit bleibt trotz der Beschönigungen in der Presse gleich. Im HARTZ-IV demotivierte Eltern sozialisieren ihre Kinder weiter zu „HARTZERn“, d.h. Transferleistungsempfängern und all zu oft leider auch zu Problemfällen für die Schulen welche Zuwanderungsfamilien mit Kindern, ihren Wohnort dann vielleicht leider doch nicht in unsere Stadt wählen lassen.
3. Die sozialen Probleme landen in ihrem Leidensdruck in den Praxen, da z.B. die technischen Fehler in der Umsetzung von HARTZ-IV die Arbeitslosen nicht nur, nicht in Arbeit bringen, sondern noch kränker machen. D.h.: wir Ärzte haben für die überalternde Bevölkerung ( siehe Punkt 1 ) zu wenig Zeit. Z.B. Demente werden nicht ausreichend früh-erkannt und früh-behandelt, landen in Heimen, vermehren die Sozialkosten und im Sozialetat der Stadt fehlt noch mehr Geld für Frühförderung Jugendlicher – ein derzeit von der Stadt Pirmasens hingenuommener und akzeptierter Teufelskreis ...

**Fazit:** Pirmasens kann so nicht weitermachen, hat im Sozialbereich künftig immer mehr externen Beratungsbedarf für neue Wege !